

**Einfache Anfrage Gahlinger-Niederhelfenschwil:  
«Rausschmiss aus dem Eigenheim – für noch mehr Wohnungsnot**

Im Wohnungsmarkt zeigt sich eine Entwicklung, die man nicht länger schönreden kann. Ältere und alleinlebende Menschen geraten zunehmend unter Druck – nicht, weil sie etwas falsch gemacht hätten, sondern weil der Markt enger wird und man ihnen plötzlich erklärt, ihr Zuhause sei «zu gross», «nicht mehr zeitgemäss» oder «für andere besser geeignet». Die Botschaft dahinter ist klar: Wer jahrzehntelang gearbeitet, gespart und sein Zuhause gepflegt hat, soll jetzt Platz machen. Für ein Wachstum, das längst aus dem Ruder läuft.

Das Argument der «Entlastung» hält einer realistischen Betrachtung nicht stand. Ein verfrühter Wohnungswechsel löst kein einziges strukturelles Problem. Er verschiebt es höchstens – und verschärft es am Ende sogar. Wohnraum, der heute künstlich freigemacht wird, ist morgen wieder belegt. Die Nachfrage steigt weiter, der Druck nimmt zu, und die Spirale dreht sich schneller.

Aus meiner Sicht ist dies nicht akzeptabel. Wohnraum sollte dann frei werden, wenn es der natürliche Lebensverlauf mit sich bringt – nicht, weil ältere Menschen unter Druck gesetzt und zum Auszug gedrängt werden. Alles andere schafft einen künstlichen Mehrbedarf, der die Wohnungsnot nicht entschärft, sondern weiter anheizt.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung die Einschätzung, dass das frühzeitige Freimachen von Wohnraum durch ältere und alleinlebende Menschen das strukturelle Nachfragewachstum verstärkt und damit langfristig zu noch mehr Wohnungsnot führen kann?
2. Teilt die Regierung die Ansicht, dass ein späteres, demografisch natürliches Freiwerden von Wohnraum langfristig stabilisierend auf den Wohnungsmarkt wirken könnte?
3. Welche Massnahmen ergreift oder prüft die Regierung, um ältere und alleinlebende Menschen vor Verdrängung zu schützen und ihnen zu ermöglichen, möglichst lange in ihrem bestehenden Wohnraum zu verbleiben?
4. Wie stellt die Regierung sicher, dass kurzfristige Entlastungseffekte nicht zu langfristigen strukturellen Problemen im Wohnungsmarkt führen?
5. Wie beurteilt die Regierung das Risiko, dass durch verfrühte Wohnungswechsel älterer und alleinlebender Menschen ein künstlicher Mehrbedarf geschaffen wird, der das Wachstum weiter antreibt und die Wohnungsnot zusätzlich verschärft?»